



„Gibt es eine christliche Politik?“

Rede

des Landesvorsitzenden der CDU Nordrhein-Westfalen

Armin Laschet MdL

auf der Regionalkonferenz der CDU Nordrhein-Westfalen

am 7. Mai 2013 in Bonn-Bad Godesberg

Anrede,

die über unserer heutigen Veranstaltung stehende Frage mag auf den ersten Blick verwundern. Eigentlich, so scheint es, müsste diese Frage, von einer sich selbst als „christlich“ bezeichnenden Partei gestellt, rein rhetorisch bzw. deklamatorisch gemeint sein. Wenn dem so wäre, könnte ihre Beantwortung auch nur in einem klaren, unmissverständlichen „Ja“ bestehen. Selbstverständlich, so die logische Schlussfolgerung, muss eine „christliche“ Partei die Annahme bestätigen, auch eine „christliche“ Politik zu betreiben, denn ansonsten stellte sie ja ihre eigenen ideologischen Grundlagen zur Disposition.

Letzteres wiederum wäre so ähnlich, als wenn die Sozialdemokratie bezweifeln wollte, dass eine wirklich „soziale Politik“ möglich wäre.

Doch ist unsere Thematik schwieriger und komplexer, als es auf den ersten Blick den Anschein hat.

Das liegt in erster Linie daran, dass wir die Selbstverständlichkeit verloren haben, mit der noch in den fünfziger, sechziger, ja selbst in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts im westlichen Teil Deutschland die Verbindung von Christentum und Parteipolitik

gesellschaftlich breit akzeptiert worden ist. Beide großen Konfessionen waren damals noch echte Volkskirchen, getaufte Christen machten bis zu 80 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.

Das kulturelle Leben war bis hin zu Alltag und Brauchtum noch genuin christlich, und das christliche Sittengesetz als Grundlage gesellschaftlicher Moralvorstellungen wie auch der Rechtsprechung wurde lange nicht ernsthaft in Frage gestellt.

Die christliche Prägung und Durchdringung der deutschen Gesellschaft hatte das Grauen und die Verbrechen von NS-Diktatur und Zweitem Weltkrieg nicht verhindert, aber überlebt.

Trotz aller institutionellen und individuellen Verstrickungen mit der Diktatur gelang es beiden Kirchen, ihren Ruf als moralische Instanz in die Nachkriegszeit zu retten, wobei der kirchlich inspirierte Widerstand hierfür eine wesentliche Legitimation lieferte.

Die 1945 inmitten der menschlichen, materiellen und moralischen Ruinen des besiegten und zerstörten NS-

Deutschland erfolgte Gründung einer interkonfessionellen neuen christlichen Volkspartei hatte demnach weder einen wirklichen Erklärungsbedarf für ihren Parteinamen „Christlich-Demokratische Union“ noch ein echtes Vermittlungsproblem hinsichtlich ihrer Programmatik. Im Gegenteil.

Gerade mit kirchlich geprägten und engagierten Politikern wie Konrad Adenauer, Karl Arnold oder Eugen Gerstenmeier an der Spitze bezog die CDU im Kalten Krieg eine klare und glaubwürdige Gegenposition gegen das kommunistische System.

Und das, obwohl die Partei eben nicht kirchlich-konfessionell oder gar klerikal bestimmt gewesen ist wie ihr Vorgänger, das katholische Zentrum.

Heute ist vieles anders. Ich sage das ohne jedes Bedauern. Die Zeiten haben sich eben geändert. Das „C“ in unserem Parteinamen ist keine sich selbst erklärende Selbstverständlichkeit mehr.

Es sieht sich vielmehr in Frage gestellt durch eine massive Zangenbewegung: Auf der einen Seite durch fortschreitende Säkularisierung, Entkonfessionalisierung,

durch religiösen Indifferentismus, von manchen auch als „Analphabetismus“ bezeichnet, durch Werterelativismus, Entsolidarisierung und Marktradikalismus, durch Hedonismus und Materialismus.

Wir leben heute in einer Gesellschaft, in welcher weniger als die Hälfte der Bevölkerung die ursprüngliche Bedeutung christlicher Hochfeste wie Ostern und Pfingsten erklären kann.

Auf der anderen Seite der Zangenbewegung steht kirchliches Fehlverhalten, insbesondere die Missbrauchsfälle, ein spürbarer Autoritätsverfall der Amtskirche und eine immer größer werdende Kluft zwischen manchen kirchlichen Lehrmeinungen und dem tatsächlichen Lebensgefühl der Menschen.

Das alles bleibt natürlich nicht ohne Folgen für die CDU. Sie muss viel mehr als früher ihre Grundsätze, die Begründung ihrer Politik, erklären. Der Hinweis auf den pragmatisch-sachlichen Charakter ihrer Entscheidungen reicht hierfür nicht länger aus.

Die unbestreitbaren Erfolge der Vergangenheit wie die Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft, die West-

Bindung der Bundesrepublik, die Europäische Integration, die familienpolitischen Errungenschaften oder die Spitzenstellungen unionsregierter Bundesländer in Bildungsvergleichstests sind kein Produkt des Zufalls oder tagespolitischer Inspiration.

Sie resultieren vielmehr aus der Logik essentieller programmatischer Kernsätze der Union. Und diese gilt es genauso zu berücksichtigen bei den Antworten, die wir als CDU auf die uns heute bedrängenden Fragen und Probleme in Deutschland und der Welt geben.

Dazu zählen an erster Stelle die Bedingungen für eine freie, soziale und solidarische Gesellschaft, in welcher der Schutz von Leben und Würde eines jeden Menschen oberste Priorität genießt. Aber auch ein gerechtes und leistungsstarkes Bildungswesen, die Bewältigung der Herausforderungen einer modernen, kulturell vielfältigen Zuwanderungsgesellschaft im Zeichen des demographischen Wandels und die Sicherung des Wohlstandes im eigenen Land ohne unverhältnismäßige Belastungen Dritter und der globalen Umwelt sind hier zu nennen, ebenso wie die Bekämpfung des internationalen Terrorismus in all seinen furchtbaren Ausdrucksformen oder der Erhalt und Ausbau der Europäischen Union.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, über alle diese Einzelpunkte wollen und werden wir innerhalb des am 13. April im Kölner Gürzenich begonnenen Reformprozesses der nordrhein-westfälischen CDU ausführlich diskutieren. Heute jedoch steht die Suche nach dem Urgrund, wenn man so will der „Seele“ der CDU im Mittelpunkt.

Das ist nicht zuletzt dem Wunsch vieler Parteimitglieder nach einer neuen „Selbstvergewisserung“ der Union geschuldet. „Wofür steht die CDU und was macht sie aus?“, bin ich bei meinen Besuchen in den Kreisverbänden oft gefragt worden.

Zur Beantwortung dieser Frage haben wir hochkarätige und prominente Experten eingeladen und natürlich Sie alle als Stimme der Basis. Dass Sie so zahlreich hierher nach Bonn gekommen sind, der Stadt unseres Grundgesetzes, aber auch der Sitz des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und der deutschen Bischofskonferenz, unterstreicht die Notwendigkeit und Bedeutung der gemeinsamen Besinnung auf das, was CDU heute und in Zukunft jenseits des rein pragmatisch-tagesaktuellen Geschehens ausmacht.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle jedoch noch einige, wie ich hoffe erkenntnisleitende Bemerkungen, ehe Sie, verehrte Gäste auf dem Podium, und Sie alle hier im Saal ausführlich zu Wort kommen sollen.

Ich will mich bemühen, einige Denkanstöße zu formulieren, vor allem aber Fragen zu stellen. Fragen, die uns vielleicht helfen können, unser selbstgewähltes schwieriges Thema einigermaßen zufrieden stellend zu bewältigen.

Wenn wir uns mit dem Verständnis des „C“ in unserem Parteinamen beschäftigen, dann stoßen wir auf vier wesentliche, damit unmittelbar korrespondierende Begriffe: Werte, Religion, Ethik und Glaube.

Werte wie Rechtsbewusstsein, Verantwortung, Hilfsbereitschaft, Toleranz und Pflichterfüllung sind und bleiben Kompass wie Rückversicherung einer modernen Gesellschaft. Sie vermitteln ihr wie auch dem Individuum Halt, Orientierung, Geborgenheit und Sicherheit. Sie stehen in einem direkten Bezug zum kulturellen Gedächtnis eines Gemeinwesens und prägen es zugleich.

Sie sind vor allem Ausdruck und Ausweis kultureller Kompetenz, einer Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Gestaltung des interkulturellen Dialogs.

Schließlich stellt ein intaktes, allgemein respektiertes Wertesystem die Basis und das Gerüst für die Verknüpfung der drei großen Leitideen oder auch „Leitwerte“ unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung dar: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Doch Werte sind nicht einfach das Produkt empirisch messbarer psychologischer Einflüsse oder beliebig veränderbarer sozialer Verhaltenstechniken. Sie gründen vielmehr in allen entwickelten Gesellschaften und Kulturen auf religiösen und/oder philosophischen Erfahrungen und Prägungen.

Dabei bedeutet „Religion“ zunächst wörtlich die Bindung oder besser „Rückbindung“ des einzelnen Menschen wie der menschlichen Gemeinschaft an eine transzendente, eine überweltlich-göttliche Daseinsform.

Dieses Phänomen ist indes für sich genommen noch völlig wertneutral und erhält seine soziale und politische

Relevanz erst aus der sich daraus ableitenden konkreten Ethik.

Aber auch der philosophische Begriff der „Ethik“ ist an sich zunächst wertneutral. Im griechischen Wortsinn bezeichnet er nichts anderes als „das die Sittlichkeit“ Betreffende oder einfacher ausgedrückt „die Lehre vom guten Leben“.

Die Verbindung von Religion und Ethik ist zwar evident, jedoch nicht zwingend. Ein ethisches, das heißt wertorientiertes Verhalten muss keineswegs immer vor einem religiösen Hintergrund erfolge, sondern kann auch rein praktisch, also von der Religion „autonom“ begründet werden. Allerdings erleichtert der religiöse Bezug, wie allein schon das Beispiel der Zehn Gebote zeigt, die allgemein verbindliche Normsetzung bestimmter Werte ganz erheblich.

Glaube ist im Unterschied zur Religion keine öffentliche Angelegenheit, sondern ein persönlicher Akt. Er kann nach unserem freiheitlich-demokratischen Verständnis daher weder staatlich verordnet oder verboten werden. Im praktizierten Glauben jedoch werden religiöse Überzeugungen in Form eines

öffentlichen wertegebundenen Handelns Einzelner sichtbar und gesellschaftlich virulent.

Christlicher Glaube ist daher wie jedes andere religiöse Bekenntnis keine politische Kategorie, sehr wohl aber von gesellschaftlicher Relevanz und daher von der Politik zu achten und zu respektieren.

Unsere Staatsordnung unterscheidet folgerichtig zwischen Religion, Ethik und Glauben und ist weltanschaulich neutral, liberal und tolerant. Dennoch weiß sie um ihre kulturellen Determinierungen und die Fundierung ihres Wertekanons in der christlich-abendländischen Geistesgeschichte.

Hierzu zählen ausdrücklich auch die jüdische Tradition und die europäische Aufklärung als Voraussetzung heutiger Liberalität und Toleranz. Vor diesem Hintergrund fördert und schützt der Staat die Tätigkeiten, das öffentlich-soziale Engagement und die Selbstverwaltung der christlichen Kirchen als Institutionen des öffentlichen Rechts sowie den schulischen Religionsunterricht.

Kann es unter diesen Voraussetzungen, frage ich, kann es dann überhaupt so etwas wie eine „christliche Politik“ geben?

Ja, noch zugespitzter formuliert, darf es sie überhaupt geben?

Setzt dieser Begriff nicht eine problematische Vermengung von Religion und Politik voraus, eine unzulässige Vermischung der metaphysisch-jenseitigen mit der praktisch-diesseitigen Welt?

In diesem Fall käme es wohl entweder zum Tod der Religion oder zum Ende rationaler Politik.

Denn, wie Geschichte und leider auch die Gegenwart lehren, wird die Politik in einem solchen Szenario entweder ihrer konkret-irdischen Bedingungen und Aufgaben enthoben oder die Religion auf die Bedeutung einer rein weltlichen Ideologie reduziert.

Ersteres führt bestenfalls zur Schwärmerei, letzteres zum religiösen Fundamentalismus.

Schwärmerei und Fundamentalismus sind beides hoch gefährlich. Denn sie sind natürliche Feinde der Freiheit und der Vernunft.

Die Gefahr kommt dabei genauso von der „linken“ Seite wie von der „rechten“. Beiden gemeinsam sind ein eindimensionales Weltbild und die Einteilung ihrer Mitmenschen in „gut“ und „böse“. Hier gibt es nur „Schwarz“ oder „Weiß“, nur die eine, unteilbare und absolute, göttlich offenbarte „Wahrheit“.

Wer so denkt, ist schnell beim totalitären Gottesstaat oder beim Staatskirchentum, wie wir es in Gestalt des Feudalismus und des „Bündnisses zwischen Thron und Altar“ in Mittel- und Westeuropa erlebt haben und das verantwortlich zeichnet für Kreuzzüge, Inquisition und blutige Konfessionskriege.

Hier tritt uns die dunkle, reaktionäre Seite der Religion entgegen, die den Menschen dauerhaft in Unfreiheit und Unmündigkeit halten will, die soziale Ungleichheit fördert und die die Naturwissenschaften dem Primat theologischer Texte unterwirft.

Von „links“ wird dem gerne ein vermeintlich emanzipatorisches Kirchen- und Religionsverständnis entgegengesetzt, das den „politischen Jesus“ verkündet und die Bergpredigt zum wörtlich zu verstehenden Maßstab praktischer Politik erklärt.

Eine solche Haltung ist ebenfalls in hohem Maße doktrinär und intolerant. Folgt man dem deutschen Soziologen Max Weber, sind hier klassische Gesinnungsethiker am Werk getreu dem Motto: Ich agiere nach den göttlichen Geboten und Normen, also handele ich unbedingt richtig und daher frei von einer komplexeren Verantwortung für die Folgen meines persönlichen Tun und Lassens.

Das ist nichts anderes als religiöser Rigorismus, der zu moralischer Selbstüberhebung und Unduldsamkeit gegenüber anderen führen kann, aber auch zu einer verhängnisvollen Verantwortungsscheu.

Denn eine Moral, die in ihrer Absolutheit den Einzelnen praktisch zum reinen passiven Abwarten zwingt, weil er ansonsten Gefahr liefe, an ihren hohen Anforderungen zu scheitern, verkommt zur bloßen „Zuschauerethik“.

Wenn es aber schon keine „christliche Politik“ im eben vorgestellten Sinne geben kann und soll, was hat dann das „C“ in der CDU noch für einen realen Sinn?

Ist das nicht ein bloßer Etikettenschwindel, das Vorgaukeln einer programmatischen Schimäre, ein politisches Placebo für konservative Nostalgiker und ewig gestrige Traditionalisten?

Oder kann es sein, dass da noch ein Mittelweg existiert, eine andere Form „christlicher Politik“, die auch in unserer modernen, aufgeklärten, vielfältigen Welt von heute ihre Berechtigung hat?

Ist es möglich, auch künftig noch das Christentum als Basis und Voraussetzung unseres sittlichen, das heißt ethischen Handelns zu akzeptieren, auch und gerade als politische Partei bzw. als Politiker?

Und wenn ja, mit welcher Berechtigung dürfte eine Partei wie die CDU ihre politischen Ziele und Vorstellungen darauf gründen?

Eine solche politische Ethik müsste ihre Grundlage in der christlichen Verkündigung, also in der christlichen

Auffassung von Mensch, Gesellschaft und Geschichte finden. Aber sie hätte rational und nicht metaphysisch-spekulativ zu argumentieren.

Eine derartige Ethik sollte daher für alle Menschen prinzipiell einseh- und nachvollziehbar sein, gleich welche Glaubensüberzeugungen und kulturelle Prägungen sie haben. Das wäre letztlich der eigentliche Maßstab ihrer Qualität.

Nun existieren solche Vorstellungen tatsächlich, und zwar schon ziemlich lange. Sie finden ihren theoretischen Niederschlag in der Katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik. Und in den Programmen der CDU.

Ausgangs- und Orientierungspunkt dieser politischen Ethik ist das christliche Menschenbild.

Danach ist der Mensch ein endliches Wesen, begrenzt in seiner irdischen Existenz und in seinem praktischen Handeln sowie bestimmt durch die Prinzipien der Individualität und Sozialität. Erst beides zusammengenommen macht ihn zur Person.

Dabei wird der erwiesenen Irrtumsanfälligkeit und moralischen wie leiblichen Begrenztheit des Menschen seine Bindung an Gott entgegengesetzt.

Diese beiden Prämissen christlicher Anthropologie rechtfertigen letztlich die individuellen Menschenrechte als unveränderliche Naturrechte und entziehen dem Staat damit jeden totalen Verfügungsanspruch. Nichts anderes steht hinter der Präambel und dem Grundrechtskatalog unserer Verfassung.

Was den „vernünftigen“ Teil des christlichen Menschenbildes angeht, so ist jener Ausfluss des Menschen- und Weltbildes der Aufklärung.

Konkret gemeint ist damit der Kategorische Imperativ Immanuel Kants, schlichter ausgedrückt in der Goldenen Regel der Bibel „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“. Eine Aussage, wie sie sich übrigens in nahezu allen Weltreligionen wieder findet.

Mit anderen Worten fußt die christliche politische Ethik auf einem durch und durch vernünftigen und dezidiert rational argumentierenden Sittlichkeitsbegriff, der auch

für Nicht-Christen oder gar Agnostiker prinzipiell akzeptabel ist.

In ihrem konkreten Handeln ist eine von dieser Basis aus betriebene Politik stets an sittliche und moralische Normen gebunden, ohne freilich selbst ständig zu moralisieren. Sie hat vielmehr nach vernünftigen Kriterien praktische Problemlösungen zu entwerfen und durchzusetzen.

Deren auch weiterreichende Folgen und Auswirkungen muss sie allerdings sehr wohl bedenken und letztlich auch moralisch verantworten können.

Politische Ethik in diesem Sinne fordert von den Politikern demnach nicht, die Menschen moralisch zu bessern, sondern ihnen ein praktikables, rational begründetes und ethisch vertretbares politisches Lösungsangebot zu unterbreiten.

Genau das meint Max Weber mit dem zweiten Element seiner politischen Ethik, der Verantwortungsethik.

Der Verantwortungsethiker überdenkt die Konsequenzen seines Handelns und ist bereit, für diese auch persönlich

einzustehen. Die Kunst des Verantwortungsethikers christlicher Provenienz besteht darin, konkurrierende Ziele und Werte so zu harmonisieren, dass sie in praktischer Verbindung neben-, vor allem aber auch *miteinander* bestehen können.

Wer so handelt, steht für eine „Politik aus christlicher Verantwortung“. Diese wiederum findet ihre Grundlage im christlichen Menschenbild und den sich daraus ableitenden zentralen Begriffen Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, ergänzt noch durch das Subsidiaritätsprinzip.

Eine „Politik aus christlicher Verantwortung“ ist schließlich nichts anderes als Ausdruck eines „säkularisierten Christentums“, das aus der christlichen Kultur heraus und orientiert an genuin christlichen Werten Politik gestalten will.

Eine Politik, deren Interpretation von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sich grundsätzlich von denen der politischen Wettbewerber unterscheidet, weil sie auf gänzlich unterschiedlichen Voraussetzungen beruht.

Aber, so lautet ein möglicher Einwand, ist selbst ein „säkularisiertes Christentum“ überhaupt noch in einer

Gesellschaft überzeugend zu vermitteln, in welcher christlicher Glaube, die Kirchen massiv in Frage gestellt werden, in der religiös-kulturelles Basiswissen sich vielfach in Auflösung befindet und wo mancherorts Christen beider Konfessionen inzwischen gemeinsam in der Diaspora leben?

Erfüllt ein solches Politikverständnis noch die notwendige Voraussetzung einer Verankerung in der Mitte der Gesellschaft, die ihrerseits erst den Anspruch einer Volkspartei rechtfertigt, eben diese Mitte politisch zu repräsentieren?

Ist das Bekenntnis der CDU zu ihren christlichen Wurzeln tatsächlich zugleich auch Ausdruck und Kennzeichen „bürgerlicher Politik“, welche die Abwehr gerade in letzter Zeit wieder verstärkt vernehmbarer Angriffe auf die vermeintlichen „Privilegien“ der Kirchen wie Kirchensteuer und staatlich geförderte kirchliche Sozialeinrichtungen bzw. Privatschulen legitimiert? Ist die CDU noch in der Lage, überzeugend ihre Vorstellungen von Wirtschafts-, Sozial-, Familien- und Sicherheitspolitik aus christlich geprägten Normen und Leitsätzen zu erklären?

Ist sie letztendlich noch fähig, das anthropologische, nicht religiöse Fundament unserer freiheitlich-demokratischen Staatsordnung inhaltlich so zu begründen, dass hier keine Leerstelle in Gestalt eines bloßen demokratischen Positivismus zurückbleibt?

Kurz: Ist das „C“ im Parteinamen noch zeitgemäß?

Darüber sollten wir hier und heute konstruktiv, konzentriert und durchaus kontrovers diskutieren. Dazu lade ich Sie alle herzlich ein. Auf dem Podium genauso wie im Publikum.

Zuvor aber bedanke ich mich für Ihre geduldige Aufmerksamkeit!